

Bildungspläne für die Elite

Ein Blick ins Bildungsprogramm der Regierung wirkt wie ein Blick ins 19. Jahrhundert. Kinder werden mit Gewalt ins System gepresst und man setzt auf Elitenbildung. Pädagogisch sind die geplanten Maßnahmen allesamt fragwürdig oder sogar schädlich. Dahinter steckt ein Programm, das Geld für die Steuergeschenke an Unternehmen und Reiche freispielen soll.

Seite 2

Kurdistan/Syrien/Türkei

Erdogans neuerlicher Krieg gegen die KurdInnen dient auch der Ablenkung von Problemen in der Türkei. Die Erfolge des Befreiungskampfes der zwischen der Türkei, Irak, Iran und Syrien aufgeteilten kurdischen Bevölkerung sind nun gefährdet. İsmail N. Okay von Sozialist Alternatif aus der Türkei berichtet über die Situation und sozialistische Forderungen.

Seite 12

Schwerpunkt

1938: Auf den Austrofaschismus folgt der „Anschluss“ an Deutschland. Wie gehen die Koalitionspartner angesichts ihrer eigenen Geschichte damit um? Und gab es eine Alternative?

Seiten 7-10



Normalpreis € 1,-
Solipreis € 2,-

VORWÄRTS

SLP
Sozialistische Linkspartei

Die Sozialistische Zeitung seit 1983

Nr. 265 | 03.18

Gemeinsam für Frauenrechte!

Der Frauentag am 8. März ist wie eine sich wiederholende Zeitschleife: PolitikerInnen, die betonen, dass Frauenrechte total wichtig sind. Und Fakten zu Lohnungleichheit, Armutsgefährdung und Gewalt an Frauen, die das Gegenteil beweisen. Das macht wütend. Frauen jenseits der 40, die die Versprechen über künftige Gleichstellung schon zu oft gehört haben und mit Entsetzen sehen, dass sogar mühsam Erreichtes wieder in Frage gestellt wird. Junge Frauen, die auf-



für mindestens +3% und eine 35-Stundenwoche sind ein aktiver Kampf von und für Frauen raus aus der Armutsfalle.

Wir pfeifen auf eine Frauenpolitik der schönen Worte und leeren Symbole. Wir organisieren uns, sind laut und protestieren. „Nicht mit mir“ ist der Name einer Gruppe von Frauen (und Männern) die sich wehren wollen gegen diese Politik. Mach mit, wenn auch du meinst, es reicht!

Sonja Grusch

Das Regierungsprogramm für Frauen: Kinder, Küche, Kirche – Nein Danke!

gewachsen sind mit der Propaganda, dass Gleichberechtigung längst erreicht sei und täglich erleben, dass das einfach nicht stimmt. Und wir haben die schönen Worte der Politik so satt. Die schwarz-blaue Regierung

ist eine besondere Bedrohung für uns Frauen. Sie sind gegen Arbeitszeitverkürzung und für einen 12-Stunden-Tag. Kinderbetreuung machen sie teuer und sie wollen bei Gesundheit und Bildung kürzen. Die Extra-Arbeit

sollen dann wir Frauen machen – unbezahlt wohlgemerkt. Und sie wollen uns entmündigen! Nicht mehr wir Frauen sollen über unsere Körper entscheiden, sondern die Regierung will, dass wir uns zwangsberaten lassen müssen, wenn wir eine Abtreibung wollen.

Kurz & Strache gehen mit ihrer frauenfeindlichen Politik ähnliche Wege wie Trump, Orban und Erdogan. Gerade wir Frau-

en sollen den Gürtel enger schnallen, damit die Regierung milliarden-schwere Steuergeschenke an Unternehmen und Superreiche geben kann. Aber sie werden sich noch wundern, wie wir Frauen uns wehren, wenn wir angegriffen werden. #metoo war ein Aufschrei gegen Gewalt.

Das Frauenvolksbegehren ist für viele eine Möglichkeit, ein Zeichen zu setzen. Die Streiks im Sozialbereich im Februar

Die SLP fordert:

- Ein massiver Ausbau von Sozial-, Gesundheits- und Bildungswesen ist die beste Frauenpolitik!
- Schluss mit leeren Versprechen – wir wollen endlich Taten sehen!
- Frauenthemen sind Gewerkschaftsthemen. Der ÖGB muss handeln!

Der Standpunkt



von Sonja Grusch Dass die FPÖ wegen des tiefen Grabens zwischen populistischen Ankündigungen und realer Politik ins Schwitzen kommen würde, war klar. Nun zeigt das Thema Rauchen, dass „Demokratie“ immer nur dann bemüht

wird, wenn es um die Umsetzung eigener Interessen bzw. jener der eigenen Klientel geht. Das Argument, dass Strache ein persönliches Raucher-Interesse hat, greift allerdings zu kurz: vielmehr steht die FPÖ unter dem Druck des kleinbürgerlichen Milieus aus der Gastronomie, das ein wesentlicher Teil ihrer sozialen Basis ist.

Der Ausbau der „direkten Demokratie“, den beide Regierungsparteien im Wahlkampf noch groß angekündigt haben, wurde schon im Regierungsprogramm auf die lange Bank, sprich bis kurz vor die nächsten Wahlen (oder den Sankt-Nimmerleinstag), verschoben. Das Konzept dahinter ist mehr als

Wenn sich Demokratie in Rauch auflöst

durchsichtig: man ist nicht sicher, ob man nach den nächsten Wahlen in der selben Kombination weiter machen kann und will dann wieder durch „direkte Demokratie“ eine künftige Regierung unter Druck setzen. Wobei nicht übersehen werden darf, dass das rechte Lager gerne „das Volk“ bemüht, um reaktionäre Konzepte populistisch durchzubringen (Stichwort: härtere Strafen für Kinderschänder etc.). Fragen wie CETA, die Umverteilung des Reichtums von oben nach unten oder Geld für Soziales statt für Banken oder auch eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung würden diese Parteien niemals einer Befragung durch das Volk überlassen.

Mag sein, dass die FPÖ unter dem Druck hunderttausender Unterschriften in die Knie geht und doch noch Zugeständnisse macht. Die die vielen Unterschriften für Raucher- und Frauenvolksbegehren zeigen auch, dass jede Möglichkeit, gegen die Regierung eine Stimme zu erheben, genutzt wird. Dass es gerade Volksbegehren sind, ist auf den Dornröschenschlaf der Gewerkschaften zurückzuführen.

Impressum:

Eigentümer, Herausgeber Verleger & Redaktion: Sozialistische Linkspartei (SLP), Pappenheimgasse 2/1, 1200 Wien. | Druck: digiDruck.at, 1100 Wien, Herstellungs- und Verlagsort: Wien, | DVR: 0820202 | Zulassungs-Nr.: 327808W97U Abo-Zahlungen & Spenden: IBAN: AT 256000000000 8812733 | BIC: OPSKATWW

Kinder mit Gewalt ins System pressen

Schule ist für viele Menschen kein Ort der Bildung, sondern ein Ort des Versagens und der Angst. Das wird wieder zunehmen. Fernbleiben sowie viele psychische Krankheiten sind Symptome für ein (Bildungs)system, in dem SchülerInnen einerseits unter massivem Leistungsdruck und Zukunftsangst leiden und andererseits zu wenig Unterstützung bekommen.

Nun steht im Regierungsprogramm eine

„Bindung der Sozialleistungen an die Einhaltung von (schul)gesetzlichen Verpflichtungen“, ebenso wie „Sanktionen bei Sozial- und Transferleistungen für Eltern und Erziehungsberechtigte im Fall einer Missachtung von Aufgaben und Pflichten“. Das heißt: Wenn nicht gespurt wird, dann wird gekürzt. Die Regierung setzt vor allem auf Strafen, anstatt sich auf die Bedürfnisse und Lebensumstände der Kinder einzustellen.



Bildungspläne für die Elite

Ein Blick in das Bildungsprogramm der Regierung wirkt wie ein Blick ins 19. Jahrhundert. Dahinter steckt ein Kürzungspro-

Leistungsdruck gefasst machen.

SCHULE FÜR ARM – SCHULE FÜR REICH: Die Reichen wollen unter sich bleiben. Fort-

Die schwarz-blauen Bildungspläne wollen ein Bildungssystem gegen die 99%.

gramm, das Geld für die Steuergeschenke an Unternehmen und Reiche freispielen soll.

LAW & ORDER: SchülerInnen und deren Eltern werden abgestraft, wenn sie nicht spüren. Das wird vor allem Familien mit wenig Einkommen treffen. Kinder können sich außerdem, unter anderem durch die Wiedereinführung der Ziffernnoten, auf noch mehr

an soll es durch die Einführungen von Aufnahmeprüfungen an weiterführenden Schulen und Gymnasien noch schwieriger für SchülerInnen aus ArbeiterInnenfamilien werden, auf eben diese zu gelangen. Die Schul„Autonomie“ wird zur Verteilung des Mangels. Durch die geplante Einführung von Studiengebühren muss man sich Studieren erst mal leisten können.

SPALTUNG: Die Maßnahmen der früheren Regierung zur Integration in Schulen waren schon nicht das Gelbe vom Ei. Jetzt sind durch Deutschklassen, dem Ende der Schulversuche und Streichung des Team-teachings die Aufspaltung der SchülerInnen in „gute“ und „Ausländer“ bzw. „Behinderte“ geplant.

Pädagogisch sind die geplanten Maßnahmen allesamt fragwürdig oder sogar schädlich. Längst schon könnte Schule ein Ort sein, an dem Lernende und Lehrende sich Wissen und Fähigkeiten ohne Angst gemeinsam erarbeiten. Wir wollen Geld für Bildung statt für Banken, um die vielen guten pädagogischen Konzepte endlich auch umsetzen zu können!

Simon Salzmann



Elitenbildung statt Umverteilung

In Österreich findet durch die Teilung in Neue Mittelschule und AHS eine Spaltung, nach sozialem Status, schon sehr früh statt. Statt eine Gesamtschule einzuführen, die den Zugang zu Bildung für Kinder aus „bildungsfernen Schichten“ vereinfachen würde, setzt die Regierung auf eine Verschärfung dieser Trennung.

Geplant sind eine ergebnisorientierte Bezahlung, ebenso wie eine Bewertung des Schulstandortes anhand der Erreichung der

Bildungsstandards. Das ist eine Kürzungsmaßnahme auf dem Rücken von LehrerInnen v.a. im Pflichtschulbereich. Und eine weitere Schikane für Jugendliche, die aufgrund von zu wenig Ressourcen mit dem Stoff nicht nachkommen und sich keine Nachhilfe leisten können. Um Standards zu halten/erreichen, werden schwache SchülerInnen gar nicht erst aufgenommen oder rausgekickt. Ghettoschulen sind die Folge.



Wie stabil ist die neue ÖVP?

Im Vorfeld zur Nationalratswahl hat sich die ÖVP mit Sebastian Kurz ein neues Gesicht und eine neue Farbe verpasst.

ern- oder ArbeitnehmerInnenbund, gegliedert. Die einzelnen Bündnisse haben viel Macht, da sie organisatorisch und

Der Unterschied zur neuen ÖVP liegt v.a. in der Zentralisierung. Kurz will die Widersprüche durch Zentralisierung überdecken und

ÖVP weiterhin reaktionäre Standpunkte.

Im Moment scheint es zwar so, als ob Kurz die ÖVP im Griff hat, doch die momentane Stabilität kann von mehreren Seiten unter Beschuss kommen. Interne Machtkämpfe werden wieder ausbrechen, wenn Kurz auf Grund von Kürzungen an Popularität verliert bzw. wenn die Gemeinden und Länder diese Maßnahmen umsetzen müssen. Von dort kommt schon Kritik. Auch die beinahe täglichen Skandale der FPÖ kann Kurz nicht ewig schweigend aussitzen. Und nicht zuletzt können auch externe Proteste die Regierung, und damit auch die ÖVP, destabilisieren.

Nicolas Prettnner

Der nächste Machtkampf in der ÖVP ist nur eine Frage der Zeit.

Wie Trump in den USA oder Macron in Frankreich verkauft er eine alte und etablierte Partei als neue Bewegung. Der Plan ging vorübergehend auf. Kurz hat die Wahlen für sich entschieden und führt auch weiterhin in den Umfragen. Doch wo liegen die Unterschiede zwischen der alten, schwarzen, und der neuen, türkisen, ÖVP?

Die ÖVP ist in Bündnissen, wie Wirtschafts-, Bau-

finanziell weitgehend unabhängig agieren können. Das bringt Probleme mit sich. Es gibt unterschiedliche Interessen und Begehrlichkeiten nach Macht und Positionen zwischen den Bündnissen, oder einem Bund und der Gesamtpartei. So hat ein großes Agrarunternehmen (Wirtschaftsbund), gegensätzliche Interessen zu Kleinbauern (Bauernbund).

setzt in alle wichtigen Positionen seine Leute aus der Jungen Volkspartei (JVP). Dies liegt auch im Interesse des Großkapitals. Die nächste Wirtschaftskrise ist nur eine Frage der Zeit und das Kapital braucht eine „moderne“ Partei, die die aus seiner Sicht notwendigen Maßnahmen ohne interne Querschüsse umsetzt. Wobei sich modern nur auf die Organisationsstruktur bezieht. In gesellschaftspolitischen Fragen vertritt die

Die ÖVP unter Kurz: Neu sieht anders aus

Die meisten ÖVP-Chefs seit 1945 waren Mitglied im Cartellverband (CV), einem rechtskonservativen Männerbund. Unter Kurz wurde der CV als Aufstiegshilfe und Karriereleiter durch die JVP ersetzt. Das beste Beispiel ist Blümel. Er begann seine Karriere in der JVP und ist jetzt Kanzleramtsminister und seine Kandidatur als Spitze der ÖVP bei der nächsten Wien-Wahl steht auch schon fest.

Unter Kurz geht der antidemokratische Staatsumbau voran. Neben den geplanten Einschränkungen beim Vereinsrecht soll auch der Überwachungsapparat ausgebaut werden (z.B. Big-Data-Analysen). Viele dieser Maßnahmen sollen sich zwar angeblich gegen islamistische TerroristInnen richten, doch die Regierung wird nicht zögern, sie gegen Linke und GewerkschafterInnen einzusetzen.

Zwar sitzen in der neuen Regierung von Kurz auch einige Frauen, doch die Politik der ÖVP bleibt frauen- und LGBT-feindlich. Gudrun Kugler, die neue Menschenrechtssprecherin der ÖVP, ist ein Beispiel dafür. Ihre Kandidatur wurde von radikalen AbtreibungsgegnerInnen unterstützt, sie ist eine christliche Fundamentalistin und fordert u.a. die Abschaffung der gleichgeschlechtlichen Ehe.

Ein neues Mietrecht, das Immobilienhuren zu Gute kommt, steht ganz oben auf der Agenda von Kurz. Kein Wunder, immerhin haben Immobilienunternehmer über 200.000 € für den Wahlkampf gespendet. Schon lange kritisiert deren Interessensvertretung Verbesserungen für MieterInnen, wie die Mietrechtsnovelle 2015. Alleine der Chef der Immobilienfirma Colliers International machte 80.000 € für Kurz locker.

Der rechte Rand

Am 3.3.18 findet erneut der rechtsextreme Kongress „Verteidiger Europas“ statt. Diesmal nicht mehr wie 2016 in einem öffentlichen Gebäude in Linz, nachdem es beim letzten Kongress zu massiven Protesten und einer Demonstration mit rund 2.000 Menschen gegen die Veranstaltung kam. Stattdessen wird das Treffen diesmal im Schloss Aistersheim (Bezirk Grieskirchen, OÖ) abgehalten. Dieses ist im Besitz von Heinrich Birnleitner – Mitinitiator des Volksbegehrens „Überleben Unseres Österreichs“ 2011. Offizieller Kongressveranstalter ist das rechtsextreme Magazin „Infodirekt“. Dessen Geschäftsführer ist Michael Siegfried Scharfmüller – ehemaliges Mitglied des nicht mehr existierenden faschistischen „Bundes freier Jugend“ (BFJ), der sowohl enge Kontakte zur Neonazi-Szene als auch zur FPÖ hatte. Der Kongress selbst bildet eine Schnittstelle verschiedenster Gruppierungen aus dem rechten bis faschistischen Spektrum. Diverse rechtskonservative bis rechtsextreme Magazine und Organisationen treten auf, wie „Compact“, die Grazer Burschenschaft Armania, die „Blaue Narzisse“ etc. Unter den offiziellen Medienpartnern des Kongresses befanden sich unter anderem die Kampagne „Ein Prozent“, welche maßgeblich von den deutschen und österreichischen „Identitären“ getragen wird. Angekündigte RednerInnen sind u.a. der Grazer FPÖ-Vizebürgermeister Mario Eustacchio, AfD-Politiker Andreas Lichert und Ex-Nationalratsabgeordneter Marcus Franz.

Celina Brandstötter

In Serbien begannen im November 2017 Proteste und Streiks bei der staatlichen Post. Diese wandten sich gegen Verstöße gegen die ohnehin geringen ArbeiterInnenrechte, Lohnverluste und die von Regierungsparteien installierten ManagerInnen, die Firmen wie ihr Privateigentum behandelten, sowie gegen Repression gegen GewerkschafterInnen, sowie Versuche des „Union-Bustings“. Mehrere dutzend KollegInnen wurden suspendiert, weil sie sich für die Rechte der Beschäftigten eingesetzt hatten, ein heftiger Angriff auf ihre Rechte und sowie die Gewerkschaften. Bei Demonstrationen in Belgrad protestierten

**Frisch gekämpft
ist halb gewonnen!**

über 2.000 Menschen. Hauptorganisator war die „Unabhängige Gewerkschaft der Postangestellten“ (Samostalni Sindikat Poštanski Radnika). Neben weiteren Gewerkschaften unterstützten und beteiligten sich Studierendenorganisationen, die linke Plattform „BORBA“ und andere politische Gruppen. Im Zuge der Proteste waren die ArbeiterInnen enormem Druck und Drohungen ausgesetzt. Für die internationale Solidaritätskampagne durch das CWI (dem auch die SLP angehört) bedankt sich der Vorsitzende der Gewerkschaft ausdrücklich, da sie den Druck auch auf die Regierung erhöht hat. Letztlich wurden fast alle KollegInnen wieder angestellt. Weiters konnten unter den KollegInnen ca. 12.000 Euro gesammelt, damit den suspendierten PostlerInnen der Lohnausfall nahezu ausgeglichen und kostenloser Rechtsbeistand sowie Klagen gegen die serbische Post ermöglicht werden.

Moritz Bauer



ÖGB: Barrikaden statt Heuriger!

Im Juni 2018 findet der 19. ÖGB-Bundeskongress statt. Auf ÖGB-Vorsitzenden Foglar soll Noch-

geberseite aufgekündigt. Wie bereits 2000 setzt auch die neue schwarzblaue Regierung wieder

lia passen in diese Denkart – Katzian, Anderl neu an der AK-Spitze und Barbara Teiber als GPA-Nachfolgerin Katzians. Sie alle stehen für einen angepassten Kurs. Wimmer als neuer FSG Chef fällt zwar gegenüber Foglar und Katzian noch eher mit radikalen Wortspenden auf, da er unter Druck der Metallergewerkschaft steht. Aber auch er steht für den sozialpartnerschaftlichen Kurs. Und er hat auch noch weniger Berührungspunkte mit der FPÖ.

Was wäre am ÖGB-Kongress tatsächlich nötig? Im Unterschied zu all diesen Business as Usual-Rochaden braucht es einen radikalen Kurswechsel hin zu einem kämpferischeren und demokratischeren ÖGB, der die

Zeichen der Zeit erkennt und entschieden Widerstand gegen die Angriffe von Schwarzblau organisiert. Nötig wäre, dass der ÖGB Betriebsversammlungen in den Betrieben organisiert, um über die Angriffe zu informieren. Außerdem braucht es Aktionskomitees in Betrieben und Regionen, um den Widerstand dagegen zu organisieren. Eine bundesweite BetriebsrätInnen- und Aktionskonferenz sowie ein bundesweiter Aktions- und Streiktag bis Ende 2018 sind wichtige Forderungen für einen Aktionsplan gegen die Regierung und ihre Pläne.

Laura Rafetseder

Ersatzbetriebsrätin in einem österreichischem Medienunternehmen

Am ÖGB-Kongress im Juni steht ein Wechsel an der Spitze bevor – es braucht aber einen Kurswechsel!

GPA-Chef Katzian folgen. Katzian glänzte im Februar mit der Aussage, er gehe lieber zum Heurigen als auf die Barrikaden. Das ist eine Ansage: die zahnlose ÖGB-Politik von am Verhandlungstisch "mitwichteln" statt kämpfen wird mit Katzian fortgesetzt. Wir wissen: die Sozialpartnerschaft wurde schon längst von Arbeit-

auf eine härtere Gangart. Sie plant sogar direkte Angriffe auf die Gewerkschaftsbewegung, Kollektivverträge und ArbeitnehmerInnenrechte. Der ÖGB indessen steckt den Kopf unter die Bettdecke, fürchtet sich maximal und hofft, dass er in Ruhe gelassen wird, wenn er nicht unangenehm auffällt. Alle neuen Persona-



Irene Mötzl, Betriebsrätin beim Wohnservice Wien über die Wiederwahl der Betriebsratsliste

Bestätigung für kämpferische und demokratische Betriebsratsliste

VORWÄRTS: Was ist das Geheimnis eures Erfolges?

Mötzl: Nach gut sieben Jahren be- wsw Betriebsarbeit ist es für unsere KollegInnen selbstverständlich, dass sie über alles informiert werden und in Form von Mehrheitsentscheidungen selbst bestimmen, was in ihrem Namen passiert, z.B. bei Betriebsvereinbarungen oder bei KV-Verhandlungen.

Ihr seid eine Liste von v.a. Frauen und greift viele Themen auf.

Unsere Liste besteht aktuell aus über 80% Frauen bei ungefähr 2/3 Frauenanteil im Unternehmen. Es gibt auch viele individuelle Beratungen und wir arbeiten dabei immer absolut vertraulich und sagen auch ehrlich, wo und wie wir unterstützen können.

Allgemeine politische und innerbetriebliche Themen sind oft nicht voneinander zu trennen, denn sie wirken

sich direkt auf Arbeits- und Lebensbedingungen aus. Wenn die Regierung den 12h Tag beschließt, wird das den Druck erhöhen. Wenn die KollegInnen im Sozialbereich streiken, sammeln sie wichtige Erfahrungen, auf die auch wir zurückgreifen können. Hier sehe ich auch die Stärke unserer Liste. Wir stellen nicht nur Forderungen auf. Wir sagen auch, was es unserer Meinung nach dazu braucht und setzen Schritte in diese Richtung.

Warnstreiks im Sozialbereich

Zum ersten Mal seit 2012 fanden am 15. und 16. Februar bundesweite Streikaktionen statt – und zwar im privaten Sozialbereich wo zehntausende KollegInnen (von 110.000) und über 100 Betriebe teilnahmen. Sie lassen sich nicht mehr vom Argument „ihr könnt nicht streiken, das schadet PatientInnen und KlientInnen“ einschüchtern und stehen für ihre Forderungen auf. Gefordert wird neben einer ordentlichen Lohn- und Gehaltserhöhung und einer Aufwertung der Pflege auch eine 35-Stundenwoche bei vollem Lohn und Personalausgleich.

Obwohl in verschiedenen Einrichtungen Probleme durch mangelnde Streik Erfahrung und schlechte Vorbereitung der Gewerkschaft auftraten, fiel der Streik vor allem durch Kreativität und die Initiativen der KollegInnen an der Basis auf. Z.B. schmückten Beschäftigte des Samariterbundes ihre Zentrale mit Transparenten mit der Aufschrift „Wir streiken – für bessere Löhne – im Sozialbereich – gegen Abschiebungen“. Sie organisierten auch einen Protest vor der Firmenzentrale, um die Öffentlichkeit mit dem Streik zu erreichen. Michael Gehmacher, SLPler und Beschäftigter beim Samariterbund, organisierte die Kundgebung mit und erklärte, dass bei kommenden Kampfschritten ge-

meinsame Aktionen aller Beschäftigten nötig sind.

Öffentliche Aktionen waren auch einer der zentralen Vorschläge der SLP sowie der Basisinitiative „Sozial aber nicht blöd“. SLP-AktivistInnen halfen bei den Vorbereitungen und besuchten zwei Tage lang streikende Einrichtungen, um dort mit KollegInnen die nächsten Schritte zu diskutieren. An Solidaritätskundgebung am zweiten Streiktag in Ottakring nahmen mehr als 30 KollegInnen, BetriebsrätInnen und solidarische Menschen teil.

RednerInnen betonten die Notwendigkeit einer demokratischen Organisation von Streiks sowie einer Ausweitung der Proteste. Z.B. organisierten Beschäftigte bei der Caritas Aktionen und Statements in Solidarität mit den Streiks und forderten ihre BetriebsrätInnen dazu auf, die KollegInnen im SWÖ-KV zu unterstützen.

Gerade weil die Gewerkschaftsführung dann doch wieder einen faulen Kompromiss einging, nutzten AktivistInnen der SLP und von Sozial aber nicht blöd die Tage nach dem Warnstreik zur Vernetzung von kämpferischen KollegInnen, um bei künftigen Kämpfen mehr Druck auf die Gewerkschaft aufbauen zu können.

Christoph Glaninger



Vernetzungskonferenz Bildung

Am 17. Februar diskutierten mehr als 65 LehrerInnen, Studierende und SchülerInnen, Lehramtsstudierende und Eltern in Wien 20 über die Gefahren der schwarz-blauen Bildungs-

solidarischen Gesellschaft, in der jedeR sich und seine/ihre Talente als Mensch entwickeln kann.

SLPlerInnen spielten eine wichtige Rolle bei der Initiierung der Konferenz,

betont, dass Aktionskomitees in unseren Schulen, Unis und Nachbarschaften gebildet werden müssen, um die verschiedenen Schichten, die von den Angriffen im Bildungssektor

Neben Aktionskomitees und Projekttagen ist eine Demonstration am 9. Juni ein Ergebnis der Konferenz.

pläne und wie man sich dagegen wehrt. Zu den Plänen der Regierung gehören der Abbau von Lehrkräften, eine stärkere Normierung und Disziplinierung sowie die zunehmende Isolierung von MigrantInnen. Sie sind nicht nur eine Gefahr für Lehrende oder Lernende; sie sind eine Bedrohung für die Idee einer

die von Bildungsbewegten gemeinsam mit den Initiativen IKL (Initiative Kritischer Lehramtsstudierender) und #lernegerne organisiert wurde. Es war ein guter erster Schritt zum Aufbau einer Widerstandsbewegung im Bildungsreich, bei der der ÖGB noch in der Warteschleife steckt. Von SLPlerInnen wurde

betroffen sind, zu vereinen. Allen TeilnehmerInnen war Bildung für alle – In- und AusländerInnen, arm oder reich – notwendig. „Für jeden neuen Polizisten zwei neue LehrerInnen, für jedes Pferd vier – das ist unsere Sicherheitsoffensive“ machte ein Teilnehmer klar.

Brettros



Graz, Wien, Linz: Burschis raus - Regierung stürzen!

Die Bälle der rechtsextremen Burschenschaften spuken stets zu Jahresbeginn durchs Land. Mit der Regierung fluten Burschenschafter auch Ministerien und Öffentlichen Dienst. Also waren die jährlichen Proteste für Viele auch ein Anlass, gegen die Regierung zu demonstrieren, das wurde auf Schildern und in Demosprüchen sehr deutlich. Und wir als SLP waren da natürlich mittendrin: „Regierung wegstreiken!“ war

unser Banner auf allen Demos. In Wien trugen wir am 26.1. mit einer „Bezirksdemo zur Großdemo“ unsere „6 Punkte zum Sturz der Regierung“ in die Brigittenau, wo sich auch PassantInnen spontan anschlossen oder uns aus den Fenstern zujubelten. Ähnliche Reaktionen bekamen die Demos in Linz (3.2.) und Graz (20.1.) und so haben sie auch schon einen ersten Effekt: Sie geben Mut zum Weiterkämpfen!

Tilman M. Ruster

Termin des Monats



14. 4.: Seminar Frauen/Arbeit

Frauen – Arbeit, Frauenarbeit – was umfasst das und wie wird es in einer kapitalistischen Gesellschaft bewertet? Was hat das mit der Krise zu tun, und wie könnte es ganz anders in einer Gesellschaft sein, in der es nicht um Profite geht?

Das und noch viel mehr wird diskutiert beim Seminar von Nicht mit mir – inklusive Rhetorikschulung.

14. April ab 10⁰⁰ Uhr

Wien 20, Pappenheimg. 2/1 – bei Büro läuten

Infos und Anmeldung unter FB/Nicht mit mir

Teilnahme ist offen für alle, die mit uns gegen Sexismus kämpfen wollen!

Niki Lauda, der Sohn eines Industriellen und wiederholt Besitzer von Airlines, macht wieder Schlagzeilen. Diesmal weil er sich seine ehemalige, wieder in Konkurs gegangene Airline zurückkauft. Ein Unternehmen, bei dem die Beschäftigten, wie üblich in der Luftfahrt, sehr weit unten auf der Prioritätenliste stehen. Eine Verbesserung ist auch unter einem Unternehmenschef Lauda nicht zu erwarten. „Jahrelang haben wir als moderne Sklaven über eine Leiharbeitsfirma für Niki geschuftet“, berichtet ein Beschäftigter – die Mehrheit war gegen den Zuschlag für Lauda. Dieser hat beim Wahlkampf Sebastian Kurz

Rote Seitenblicke

unterstützt. Ihm imponiere die Umkremplung der ÖVP und wie Kurz da „hineingefahren“ sei. Laudas Umgang mit seiner Belegschaft entspringt dem gleichen Neoliberalismus. Balkanroute schließen und Pufferzonen, damit die Geflüchteten es gar nicht nach Europa schaffen, findet er dann auch gut. Rassismus ist für Lauda kein Fremdwort. Im Duell Vettel gegen Kubica bezeichnete er den Polen Kubica 2010 als Polacken. Und erklärte im Anschluss es „auf eine nette Art gemeint (zu) haben“. Auch Sexismus „passiert“ ihm immer wieder. Wie sehr konnte man Anfang 2018 lesen. In der F1 werden die Grid-Girls abgeschafft. Die Begründung ist, dass ein solches Frauenbild nicht mehr mit modernen Werten vereinbar ist. Das sieht Lauda anders und zwar, dass es eine „Entscheidung gegen die Frauen“ wäre, es wäre ja „Tradition“. Aus einer solchen heraus gehöre auch eine „schwule Tanz-Nummer“ im ORF gestoppt. Flieg doch auf und davon!

Peter Hauer



OÖ: FPÖVP streicht Frauenberatung

In **Oberösterreich** schlägt die schwarz-blaue Kürzungskeule wieder zu, diesmal trifft es die ärmsten Frauen. Die Frauenberatungsstellen Arge SIE,

im Jahr rund 220.000€. Hier zeigt sich, wie verbunden Sparpolitik mit der sexistischen Ideologie von Schwarz und Blau ist. Frauen, die nicht ih-

zialsystem immer öfter dazu, dass Frauen in Obdachlosigkeit abrutschen oder zur Prostitution getrieben werden. So waren von der Kürzung der Min-

desebene noch bevorstehen. Die FPÖ hat eine lange Tradition sexistischer Politik, so wurden auch auf regionaler Ebene bereits Einsparungen bei Frauenhäusern etc. vorgenommen. Umso wichtiger ist es, den Angriffen entschlossen entgegenzutreten. Die betroffenen Einrichtungen rufen unter „frauenlandretten“ dazu auf, Protestemails an die Landesregierung zu schicken. Das ist ein guter Ansatz, um Aufmerksamkeit zu schaffen, doch um die Einsparungen abzuwenden sind weitere Schritte notwendig. Dazu ist breiter Widerstand, auch auf der Straße, in den Schulen, in den Betrieben und Universitäten nötig – denn vom Sparpaket sind wir alle betroffen.

Manuel Schwaiger

In Oberösterreich zeigt die Praxis von Schwarz-Blau, was Frauen in ganz Österreich droht.

maiz und FIFTITU% unterstützen hunderte Prostituierte, obdachlose Frauen und Migrantinnen. Im Rahmen der Sparpolitik der schwarz-blauen Landesregierung sollen den drei Vereinen die Fördergelder vollständig gestrichen werden. Eingespart werden so 60.000€. Zum Vergleich: Jedes der neun Mitglieder der Landesregierung bekommt

rem konservativen Frauenbild entsprechen, sind FPÖ&ÖVP eben nichts wert. Auch sind Frauen betroffen, deren Leben sich bereits unter den Vorgängerregierungen erheblich verschlechterte. Steigende Mieten, zunehmende Arbeitslosigkeit und Prekarisierung am Arbeitsplatz führen in Verbindung mit vergangenen Kürzungen im So-

destsicherung in Oberösterreich neben Flüchtlingen vor allem alleinerziehende Mütter betroffen. Wenig überraschend fehlten den Beratungsstellen schon in der Vergangenheit die Mittel, um dem steigenden Bedarf nachzukommen.

Diese Kürzungen sind nur ein Vorgeschmack auf die Angriffe, die uns auf Bun-

Medaillen? Profit! Hauptsache Gold.

„Wer ist diese elitäre Gruppe an Entscheidungsträgern, von denen jeder die Freigabe hat, während der Spiele 900 US-Dollar pro Tag auszugeben?“, fragte die Rio Olympics Neighbourhood Watch als Reaktion auf die Verhaftung von IOC-Funktionär Pat Hickey im Jahr 2016. Hickey und neun weitere Offizielle des olympischen Komitees waren angeklagt, in illegale Ticketverkäufe und weitere kriminelle Machenschaften ver-

wickelt zu sein. Auch der österreichischen Abteilung geht es schon lange nicht mehr um den olympischen Gedanken, sondern darum, sich im größtmöglichen Ausmaß zu bereichern. Stichwort Freunderlwirtschaft. Ex-ÖOC-Generalsekretär Heinz Jungwirth wurde 2013 zu einer fünfjährigen Gefängnisstrafe verurteilt, nachdem bekannt wurde, dass er mithilfe von MitarbeiterInnen und Hintermännern Millionenbeträge an der

Buchhaltung vorbeigeführt hatte, um sich ein Luxusleben zu ermöglichen. Neben der aktuellen durch Korruption und Manipulation ermöglichten russischen Dopinggaffäre zeigen Fälle wie diese, dass die olympischen Spiele längst zu einer Maschinerie verkommen sind, in der Profite für die elitären Vorstände mehr zählen als der Sport. Auch in Pyeongchang 2018 heißt es „Wer zahlt, gewinnt“.

Daniel Krondraf



VORWÄRTSSCHWERPUNKT



Das Jahr 2018 ist ein Gedenkjahr für viele Ereignisse wie 1848, 1918, 1938 oder auch 1968. Viele fragen sich: wie wird die schwarz-blaue Regierung damit umgehen? Und wie gehen die Regierungsparteien mit ihrer eigenen Vergangenheit um?

Die Geschichte beider Parteien ist verbunden mit faschistischen Diktaturen. Die ÖVP ist Erbin der Christlichsozialen Partei und damit auch der austrofaschistischen Diktatur unter Dollfuß und Schuschnigg.

Doch sie arbeitet immer eng mit deutschnationalen Burschenschaften zusammen und bezog einen großen Teil ihres Personals aus ihnen, der die Ideologie der FPÖ prägte. Diese elitären Geheimgesellschaften waren schon 1918 gegen die Republikgründung und begrüßten 1938 den Anschluss. Seit 1968 versuchen sie, die seit damals errungenen Fortschritte in der Gesellschaft zurückzunehmen und ihre erkonservative Weltanschauung durchzu-

setzen. Unterordnung von Frauen, deren zentrale Aufgabe die „Produktion“ von deutschstämmigen Kindern ist.

Das Familienbild der ÖVP ist ähnlich. Die jahrzehntelange ÖVP-Kaderschmiede CV ist auch ein Männerverein, der u.a. das Verbot der Abtreibung fordert. Die neue „Menschenrechtssprecherin“ der ÖVP, Kugler, ist eine reaktionäre christliche Fundamentalistin. Phrasen wie „die Familie ist die Keimzelle der Gesellschaft“ äh-

berst umstrittene Persönlichkeit, mit einem „Abgrenzungsproblem zur extremen Rechten“ (profil), die gerade bezüglich der Geschichte des Nationalsozialismus Probleme mit der „offiziösen Geschichtsschreibung“ hat. In der Steuerungsgruppe, die aufpasst, dass nichts Unangenehmes rauskommt, sitzen Teutonen und Olympen. Eine Alibiaktion mit dem Ziel, sich selbst einen Persilschein auszustellen.

Auch die ÖVP hat ihre eigene Geschichte keineswegs aufgearbeitet. Der Austrofaschismus wird oft immer noch beschönigend als „Ständestaat“ bezeichnet, vielleicht zugegeben, dass er schon auch „autoritär“ war. Der Arbeitermörder Dollfuß, der das Parlament ausschaltete und linke Parteien und Gewerkschaften verbot, wird zum „Kämpfer gegen den Nationalsozialismus“ hochstilisiert, weil er im Machtkampf zwischen österreichischem und deutschem Faschismus unterlag.

Beiden Parteien ist ein problematischer Umgang mit der eigenen bzw. der Geschichte des Faschismus gemeinsam. Hier ist zu befürchten, dass sich das auch beim Umgang mit den gro-

ßen Themen des Gedenkjahres 2018 zeigt: es droht die Verharmlosung von Verbrechen beider faschistischer Systeme und eine Konzentration auf psychologische Erklärungen anstatt auf die Rolle und Verantwortung von Wirtschaft und Kapital.

Aber gibt es angesichts der Regierungsparteien und ihrer Vergangenheit eine Renaissance des Faschismus? Es ist nicht zu erwarten, dass ÖVP und FPÖ den Nationalrat auflösen, wie es Dollfuß am 5.3.1933 tat, oder den Anschluss an Deutschland vollziehen. Doch vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Krise und der Legitimationskrise der bürgerlichen Demokratie sind Angriffe auf demokratische Errungenschaften geplant. Mehr Überwachung, Entmachtung von Betriebsräten, Gewerkschaften und Arbeiterkammern und autoritäre Durchgriffsrechte Einzelner in Parteien und Ministerien zeigen die Richtung an. Viele soziale Errungenschaften sollen am Altar des Neoliberalismus geopfert werden – und um die unpopulären Maßnahmen zu verteidigen, wird die Regierung immer mehr auf autoritäre Maßnahmen setzen.

Helmut Swoboda

Der Jahrestag des Anschlusses wirft auch ein Licht auf die Regierung und ihren Umgang mit Geschichte.

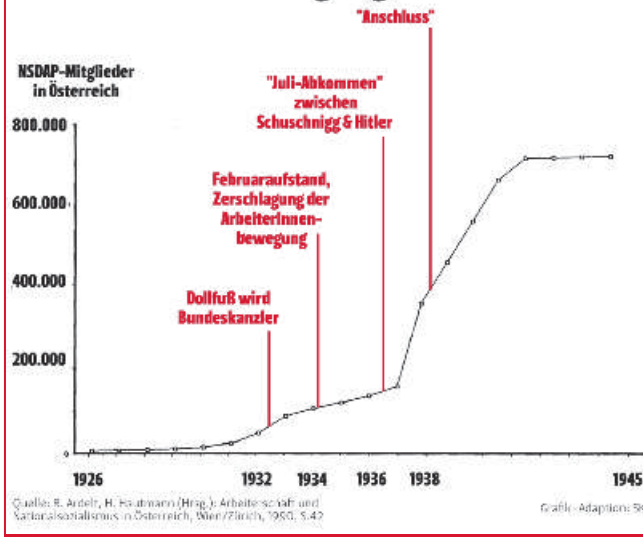
nigg. Die FPÖ ging bei ihrer Gründung 1955 aus dem VdU hervor, einem Sammelbecken von ehemaligen Nationalsozialisten, dem Landbund und der Großdeutschen Volkspartei. Lange Zeit erreichte sie nur um die 6% der Stimmen, versuchte sich aber immer wieder als Zünglein an der Waage für die beiden Großparteien anzubieten. Erst in den achtziger Jahren gelang es ihr unter Jörg Haider zu einer modern auftretenden rechten Partei auf-

setzen. Ihr Weltbild basiert auf deutschnationalem Gedankengut, das alleinig Segen für die Welt bringen soll. Historisch verstehen sie sich als Abwehr der „slawischen Gefahr“, und endlos ist die Kette von „Einzelfällen“ von Antisemitismus und Relativierung der Verbrechen des Nationalsozialismus. In den letzten Jahren tauschten sie das Feindbild „Jude“ gegen „Islam“ aus und treten gegen Migration und Flüchtlinge auf. Ihr Familienbild basiert auf der

nein dem Denken der Burschenschaftler. Für Frauen gilt wie schon im Austrofaschismus „K-K-K“: Kinder, Küche, Kirche. Wirtschaftlich sind ÖVP und FPÖ neoliberal.

Unter dem Druck der Lieberbachaffäre soll nun eine „Historikerkommission“ die Geschichte der FPÖ aufarbeiten. Zugang und Zusammensetzung sind unwissenschaftlich. Ihr Leiter Wilhelm Brauneder war schon als Dekan der Juristischen Fakultät eine äh-

Der Austrofaschismus als Hitlers Steigbügelhalter



Zahlen & Fakten

- **1920er Jahre:** immer wieder Anschläge von faschistischen Gruppierungen unter dem Schlagwort des „Heimatschutzes“. Trotz Zeugen und Beweisen kommt es in der Regel zu Freisprüchen oder milden Urteilen.
- **30.1.1927:** Drei Frontkämpfer schießen in Schattendorf (Burgenland) auf Schutzbundaufmarsch. Sie töten einen Invaliden und ein Kind. Das Gericht spricht sie frei.
- **18.5.1927:** die Heimwehren sprechen sich im Korneuburger Eid für die Errichtung einer faschistischen Diktatur und den Kampf „gegen die Zersetzung unseres Volkes durch den marxistischen Klassenkampf“ aus.
- **4.3.1933:** Dollfuß schaltet das Parlament aus, verbietet Aufmärsche und Versammlungen und führt die Pressezensur ein. Mittels Notverordnungen werden Streiks verboten, um Verschlechterungen für ArbeiterInnen ohne Widerstand durchsetzen zu können.
- **31.3.1933:** Auflösung des Schutzbundes
- **26.5.1933:** Verbot der kommunistischen Partei Österreichs
- **12.9.1933 (Katholikentag):** Dollfuß verkündet die Zerschlagung aller Parteien.
- **September 1933:** Beginn der Errichtung der Anhaltelager. Im größten, Wöllerdorf, werden bis zu 14.000 Oppositionelle inhaftiert.
- **10.11.1933:** Einführung von Standgerichten und Todesstrafe
- **Februar 1934:** Verhaftung von Schutzbundführern. Am 12. Februar beginnt der Aufstand des Schutzbundes anlässlich einer Hausdurchsuchung im Linzer Parteihaus der Sozialdemokratie. Die Niederschlagung kostete rund 200 ArbeiterInnen das Leben. Ca. 10.000 SozialdemokratInnen werden inhaftiert. Die Freien Gewerkschaften werden verboten, ihr Vermögen konfisziert. Bereits am 21. Februar werden alle sozialdemokratischen BetriebsrätInnen ihrer Funktion entoben. Mitte 1934 sind alle BetriebsrätInnen durch Vertrauensmänner des Regimes ersetzt.
- **1938:** Nach der Machtergreifung des Nationalsozialismus werden in den ersten Wochen rund 60.000 politische GegnerInnen verhaftet und in KZs deportiert. Das austrofaschistische Regime lieferte für die Verhaftung und Ermordung von AnhängerInnen der ArbeiterInnenbewegung die Daten.

Wie es zum Anschluss kam

Nach wie vor wird die Machtergreifung der Nazis in Österreich 1938 oft als unvermeidbares Unglück dargestellt. Dass Österreich bereits seit 1933 unter faschistischer Herrschaft stand und unter Engelbert Dollfuß die Weichen für die Machter-

greifung der Nazis gestellt wurden, leugnet besonders die ÖVP allzu gerne. Andreas Khol, ÖVP-Präsidentschaftskandidat 2016, meint über Dollfuß in einem Interview: „Er war ein österreichischer Patriot“ und: „Die ÖVP hält ihn in höchstem Ansehen.“ Wer aber ignoriert, dass der österreichische Faschismus die Vorarbeit für die Nazis machte, dem erscheint dann auch der Einmarsch Hitlers als unerklärliche Tragödie. Wie konnte es also tatsächlich so weit kommen?

Der Kapitalismus benötigte den Faschismus zur Herrschaftsstabilisierung.

Wie in anderen Ländern entstand auch in Österreich die faschistische Bewegung im Anschluss an den 1. Weltkrieg. 1918 läutete jedoch zunächst der Jännerstreik eine revolutionäre Bewegung ein. Wie in anderen Ländern auch, bildeten sich ArbeiterInnenräte, die auch als Antwort auf die Erfahrungen des Horrors des Krieges eine sozialistische Gesellschaft herbeiführen wollten. Doch die sozialdemokratische Führung schaffte es, die Bewegung

komplett zu vereinnahmen und abzuwürgen. Ihre Popularität nutzte sie vor allem, um den Kapitalismus mittels Reformen für die arbeitenden Massen erträglicher (v.a. im Roten Wien) zu machen, während sie sich in der Praxis mit ihm arrangierte. Doch selbst einzelne Reformen und die bloße Existenz einer großen ArbeiterInnenbewegung gingen den österreichischen KapitalistInnen zu weit. Die Christlich Soziale Partei (CSP) wurde als bürgerliches antisozialistisches Sammelbecken aufgebaut. Außerdem entwickelten sich mit Unterstützung von Unternehmen und Kirche faschistische Gruppierungen, die in einem Naheverhältnis zur CSP standen. Bei diesen handelte es sich um paramilitärische Organisationen, die sich aus den reaktionärsten Teilen der Armee, des Kleinbürgertums und der Bauernschaft rekrutierten. Zum einen wuchsen sie aus der Frontkämpferversammlung in Wien, die von ehemaligen Soldaten gegründet wurde. Zum anderen entstanden in den Grenzgebieten die Heimwehren als Wehrverbände. Diese verstanden sich vor allem nach der Ausrufung der Räterepubliken in Bayern und Ungarn als antimarxistische Kampfverbände.

Zudem entstand 1918 auch die Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei.

Das Verhältnis zwischen austrofaschistischen und nationalsozialistischen Organisationen war zu unterschiedlichen Zeitpunkten mal mehr von Rivalität, mal mehr von Zusammenarbeit geprägt. Diese Rivalität drehte sich in erster Linie um Machtansprüche. So wurden die Heimwehren seit ihrem Entstehen von Mussolini finanziell und waffentechnisch in beträchtlicher Weise unterstützt. Dieser erhoffte sich dadurch eine wirtschaftliche Stärkung Italiens im Donauraum. Auf der anderen Seite spiegelten sich in der Ideologie und dem Wunsch, Österreich in Deutschland einzugliedern der Nationalsozialisten die Expansionsbestrebungen der starken deutschen Wirtschaft wider. Dies wollte Mussolini verhindern und sah die Austrofaschisten als die geeignetsten Verbündeten an. Gleichzeitig bedeuteten die Bestrebungen der Nationalsozialisten eine Gefahr für die Machtansprüche der austrofaschistischen Kräfte, welche wiederum in Mussolini ihren Schutzpatron sahen. Ein wesentlicher Unterschied bestand im unterschiedlichen Expansions- und Modernisierungswillen von deutschem und österreichischem Faschismus. Vor dem Hintergrund der rückständigen österreichischen Wirtschaft träumten die heimischen FaschistInnen von einer in sich gekehrten, idylli-



Dollfuß:

Diktator.

Austrofaschist.

ArbeiterInnenmörder.

schen katholischen, bürgerlich, ständisch geprägten Herrschaft. Der deutsche Faschismus war moderner, setzte auf Großindustrie und hatte aggressive Expansionspläne. In Bezug auf Demokratiefeindlichkeit, die Zerstörung der ArbeiterInnenbewegung, Antisemitismus, Rassismus und Frauenbild waren die Unterschiede verschwindend. Dies wurde

Bürgertums, dass die sozialdemokratische Führung die ArbeiterInnenbewegung nicht im Zaum halten konnte. Nun sollten Nazis und (zunächst) vor allem die Austrofaschisten endgültig ihre historische Aufgabe der Vernichtung der ArbeiterInnenorganisationen verrichten. Diese waren im Laufe der Zeit zu Massenorganisationen mit über 300.000 Mitglie-

Einmarsch der Nazis wurde somit bereits in den Jahren vor 1938 ausgelöscht. Zwar wurden auch die Nazis 1934 verboten. Doch nach der Ermordung Dollfuß' wurden ihre führenden Köpfe unter seinem Nachfolger Kurt Schuschnigg sogar in die Regierung berufen. Der britische Journalist und Zeitzeuge Gedye berichtet von einer Begegnung zwischen illegalen Nazis und austrofaschistischer Polizei 1937, die Bände spricht:

„Herr Inspektor“, sagte ein Nazi [...], „erinnern Sie sich daran, dass wir Nazi mit Ihnen gegen die Roten gekämpft haben?“ Der Inspektor nickte mit dem Kopf und lächelte. „Wir alle bei der Polizei wissen genau, was für eine außerordentlich wertvolle Kraft Sie im Lande sind.“ Die widerstandslose Machtübernahme Hitlers wurde dadurch bereits durch die VertreterInnen und VerteidigerInnen des österreichischen Kapitals vorbereitet.

Zwar steht heute die Herrschaft des Faschismus nicht vor der Tür. Doch sehen wir weltweit, wie vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise und massiven Angriffen auf die ArbeiterInnenklasse, deren demokratische Rechte zurückgedrängt werden. Autoritäre und rechtsextreme Regierungen sind auf dem Vormarsch. Die Geschichte des Austrofaschismus und des Nationalsozialismus zeigen, wie weit die Herrschenden gehen, um ihr Gesellschaftssystem zu erhalten.

Lukas Kastner

Der Machtergreifung der Nazis wurde durch den Austrofaschismus Tür und Tor geöffnet.

auch in der Praxis immer unter Beweis gestellt. So kam es z.B. in Salzburg auf Initiative der Nationalsozialisten zu einer gemeinsamen Wahlliste mit dem Salzburger Bauernbund und der CSP bei den Landtagswahlen 1922. Vor allem die Heimwehren wurden bereits im Laufe der 1920er Jahre in breitem Ausmaß in den Herrschaftsapparat integriert und waren mehrfacher Partner der CSP in den „Bürgerblockregierungen“. Während dieser Jahre kam es immer wieder zu bewaffneten Angriffen auf die ArbeiterInnenbewegung. Zur Verteidigung wurde von der Sozialdemokratie der Republikanische Schutzbund gegründet.

Die Wirtschaftskrise von 1929 führte letztendlich dazu, dass die österreichischen KapitalistInnen endgültig auf den Faschismus setzten. Die weitgehende soziale Verelendung und Spaltung verstärkte die Befürchtungen des

den angewachsen. Dabei konnten sie vor allem unter kleinbürgerlichen und bürgerlichen Schichten, die sich zum einen vom Großkapital, aber auch von der ArbeiterInnenbewegung bedroht sahen, rekrutieren. Zur faschistischen Machtübernahme kam es letztendlich 1933, als CSP Kanzler Dollfuß das Parlament auflöste und von nun an auf die Heimwehren gestützt diktatorisch regierte. Der Schutzbund und die KPÖ wurden verboten. Als erster sich gegen diese Maßnahmen wehrte, kam es am 12. Februar 1934 zu den bekannten Februarkämpfen, welche aber aufgrund des Verrats der sozialdemokratischen Führung in einer Niederlage endeten. Die Folge waren die Zerschlagung sämtlicher Arbeiterorganisationen und die Ermordung ihrer Mitglieder bzw. deren Deportation in die berüchtigten Anhaltelager. Jeglicher größere Widerstand gegen den



Marx aktuell

Als erster „bonapartistischer“ Diktator der Geschichte etablierte sich der namensgebende Louis Bonaparte 1851 nach einem Militärputsch. Marx erklärte 1852, wie die Bourgeoisie ihre parlamentarische Vertretung zu Gunsten eines Kaisers auflösen ließ: er erhielt sämtliche Vollmachten und wurde später zum Kaiser gekrönt. Der Kaiser herrschte über einen „verselbstständigten“ Staat und wollte als Schiedsrichter zwischen den Klassen fungieren. Die Exekutive stützte sich dabei auf kleinbürgerliche Bauern, die einen Großteil der Bevölkerung ausmachten.

Das bonapartistische Regime entstand aus einer instabilen Lage. Um die gesellschaftliche (und wirtschaftliche) Macht unversehrt zu erhalten, musste die Bourgeoisie auf ihre politische Macht verzichten. Das System hielt die bürgerlichen Besitzverhältnisse auf-

Bonapartismus - Pattsituation der Klassen

recht und ist damit weiterhin als bürgerliches Regime zu betrachten. Letztlich bereitete es ja die Wiedereinführung eines bürgerlichen Systems vor. Marx beschrieb die Ereignisse als eine Situation „*wo die Bourgeoisie die Fähigkeit, die Nation zu beherrschen, schon verloren und wo die Arbeiterklasse diese Fähigkeit noch nicht erworben hatte*“ (Karl Marx: der Bürgerkrieg in Frankreich, 1871)

In Österreich wurde nach dem 1. Weltkrieg eine parlamentarische Demokratie installiert. Das Proletariat beehrte seit Ende des Krieges bis in die Zwischenkriegszeit auf, konnte aber wegen der bremsenden Rolle der sozialdemokratischen Führung nicht die Staatsmacht ergreifen. Die bürgerlichen Heimwehren und das sich nach rechts radikalisierte Kleinbürgertum bildeten eine (austro-)faschistische Bewegung, an deren Spitze Dollfuß die Macht ergriff. Trotzki schreibt 1932 (Der deutsche Bonapartismus): „*Der Verfall der kapitalistischen Gesellschaft stellt den Bonapartismus – neben dem Faschismus und in Zusammenhang mit diesem – auf die Tagesordnung.*“ Diese Eskalationsstufe kann aber nur eine kurzfristige sein: Der Faschismus kann nur durch permanente Mobilisierung und aggressivsten Imperialismus weiterbestehen. Das NS-Regime verfolgte diese Strategie am radikalsten – die einzigen Alternativen für es waren der Sieg im „totalen Krieg“ oder der komplette Zusammenbruch.

Kann ein faschistisches Regime den Weg der imperialistischen Erweiterung nicht einschlagen, folgt als notwendige Konsequenz eine „Abkühlung“. Die Massenbasis des Kleinbürgertums geht dabei verloren und aus dieser inneren Schwäche heraus nimmt das System bonapartistische Charakterzüge an. Beispielsweise war das anfangs faschistische Franco-Regime der 1940er Jahre ohne imperialistische Eroberungszüge zu einer bonapartistischen Diktatur geworden.

Bonapartistische Systeme unterscheiden sich auf Grund ihrer Entstehung stark voneinander. Ihnen gemeinsam ist aber eine innere Krise der Bourgeoisie und die Unfähigkeit der Arbeiterklasse, die Macht zu ergreifen.

In den USA ist Trump das Produkt einer tiefen Legitimationskrise der Bourgeoisie. In Europa rüstet die ungarsche Regierung auf, in Frankreich bröckelt die Fassade der bürgerlichen Demokratie. Der Trend ist klar: Instabile Regierungen oder durch die Finanzkrise geschwächte Staaten zeigen die Aktualität und Notwendigkeit einer Diskussion über Bonapartismus.

Stefan Brandl



Der Saal des Floridsdorfer Arbeiterheims ist zum Bersten voll. Die Kellner bringen die Krüge mit Bier und Soda Himbeer, so wie sie es vor 1934 bei ähnlichen Versammlungen hier getan hatten – bevor Dollfuß seine Artillerie auf das Heim gerichtet hatte. Nun, am 7. März 1938 haben sie das erste Mal seit mehr als vier Jahren wieder alle Hände voll zu tun. Die Luft ist nicht nur mit Zigarettensqualm gefüllt, sondern auch mit fühlbarer Spannung: Etwa 400 Vertrete-

völkerung, besonders unter der ArbeiterInnenenschaft, ist Schuschnigg verhasst. Währenddessen hatte sich die ArbeiterInnenbewegung nach ihrer Zerschlagung 1934 im Untergrund wiederaufgebaut und an Macht gewonnen. Bereits im April 1937 verfassten gewählte gewerkschaftliche Vertrauenspersonen, die ca. 100.000 ArbeiterInnen vertraten, einen Brief an Schuschnigg. Darin forderten sie die Legalisierung der ArbeiterInnenorganisatio-

n dieser Meinung: Er meint, nun sei nicht die Zeit, Forderungen oder gar Führungsansprüche zu stellen – jetzt müsse man „seinen Platz in der Abwehrfront einnehmen und Seite an Seite mit den kleineren Diktatoren kämpfen, zusammen mit den Priestern, kapitalistischen Unternehmern und wer sonst immer bereit wäre.“ Ein Vertreter der Revolutionären Sozialisten (RS, Nachfolgeorganisation der Sozialdemokratischen Partei) sieht das

reichs“ zu verteidigen. Es sind die Gruppen, die mit der internationalen Linken Opposition rund um Leo Trotzki in Verbindung stehen. Sie kritisieren, dass die zögerliche Politik der Sozialdemokratie vor 1934 und die Stalin-Treue der KPÖ mitverantwortlich für die verzweifelte Lage der ArbeiterInnenbewegung waren. Sie argumentieren, dass nur der konsequente Kampf gegen Schuschnigg Widerstand gegen Hitler ermöglichen würde – Was auf den ersten Blick wie Sturheit und Realitätsverweigerung wirkt, ist tatsächlich eine realistische Einschätzung der bitteren Lage: Schuschnigg weigert sich, die Mindestforderungen der ArbeiterInnenbewegung anzunehmen. Er ist eher bereit, sich Hitler zu unterwerfen, als Zugeständnisse zu machen. Noch dazu ist Schuschnigg faktisch bereits machtlos: Sein Staat ist mit Nazis durchsetzt und vor allem die städtische Bevölkerung hasst den ArbeiterInnenmörder. Viele wären bereit, gegen Hitler zu kämpfen – aber nicht für Schuschnigg. In den Wochen vor dem Anschluss kommt es zu starken antifaschistischen Mobilisierungen, mit Massenaufmärschen am 24. Februar. Zentrale OrganisatorInnen sind die

illegalen Gewerkschaften. Neben den Nazis ist die ArbeiterInnenbewegung, obwohl geschwächt und im Untergrund, wohl die einzig handlungsfähige Kraft in diesen Tagen. Doch indem sie ihren Kampf gegen Hitler an Schuschniggs Mitarbeit knüpft, legt sie sich selbst Ketten an. Dieser kapituliert und führt die ArbeiterInnenklasse zur Schlachtbank Hitlers.

Der Fehler der ArbeiterInnenbewegung war, zu glauben, sie könne mit dem kleineren Übel das größere stoppen. Stattdessen wäre es notwendig gewesen, selbst durch Streiks und Mobilisierungen die Führung des Widerstands zu übernehmen. Ob zu diesem Zeitpunkt Hitler selbst mit der richtigen Taktik verhindert hätte werden können, ist fraglich. Ein solcher Aufstand wäre jedoch ein Hoffnungsschimmer für den Widerstand in Deutschland und Italien gewesen – und nicht zuletzt für die KämpferInnen gegen Franco in Spanien. Die Märztage sind eine bittere Lehre für heute: Nur der Aufbau einer starken, unabhängigen und revolutionären ArbeiterInnenbewegung kann den Faschismus langfristig besiegen

Sebastian Kugler

Musste sich die ArbeiterInnenbewegung 1938 zwischen Schuschnigg und Hitler entscheiden?

rInnen der illegalen ArbeiterInnenbewegung haben sich versammelt, um über den drohenden Einmarsch Hitlers und den Widerstand dagegen zu beraten. Dass sie das können, ohne von der Polizei auseinandergetrieben und verhaftet zu werden, ist ein Zugeständnis des schwächelnden austrofaschistischen Regimes. Schuschnigg, der Nachfolger von Dollfuß, ist auf die Hilfe der von ihm unterdrückten ArbeiterInnenbewegung angewiesen.

Mussolini hatte ihm wenige Tage zuvor per Telefon jede Unterstützung gegen Hitler verweigert, und in der österreichischen Be-

nen, echte Gewerkschaften und Pressefreiheit als Bedingung, um effektiv gegen den NS kämpfen zu können. Damals ignorierte Schuschnigg die Forderungen, jetzt zeigt er sich verhandlungsbereit.

Nun laufen die Debatten heiß. Sollen sich die ArbeiterInnen mit jenen verbünden, die sie im Februar 1934 massenhaft ermordet hatten und sie seither in den Untergrund zwingen? Andererseits: Ist es nicht notwendig, angesichts der nahenden Katastrophe alle Differenzen über Bord zu werfen und gemeinsam gegen Hitler zu kämpfen? Ein Redner der KPÖ ist

anders: er ist dafür, weiter mit Schuschnigg über ein Mindestprogramm an demokratischen und sozialen Verbesserungen zu verhandeln. Die Erfüllung dieser Forderungen würde den ArbeiterInnen „ein Interesse am Weiterbestehen des Staates geben“, und sie dazu bringen „im Kampf dafür ihr Leben einzusetzen“. Die Konferenz beschließt mit großer Mehrheit eine Liste an Forderungen, die sich im Wesentlichen mit dem Brief der 100.000 decken.

Nur eine kleine Minderheit der illegalen ArbeiterInnenbewegung lehnt es ab, mit Schuschnigg die „Unabhängigkeit Öster-

Schwarz-Blau gegen Lehrlingsrechte

Die neue Regierung zeigt immer offensichtlicher ihre arbeiterfeindliche Maske (12-Studententag, Angriff auf AK, Schwächung von Kollektivverträgen...). Auch die Rechte von Lehrlingen sollen eingeschränkt werden – der Jugendvertrauensrat (JVR) soll abgeschafft, das Wahlalter für Betriebsräte auf 16 gesenkt werden. Das würde bedeuten, dass 15-jährigen Lehrlingen ihr Wahlrecht geraubt wird und die Jugend im Betrieb ihre eigene Stimme verliert. Wie bei allen kommenden Verschlechterungen gilt es, nicht kritiklos den Ist-Zustand zu verteidigen, sondern dabei auch bestehende Errungenschaften zu verändern und zu verbessern. Der JVR ist grundsätzlich wichtig, damit Lehrlingsrechte eingehalten werden. Oft, vor allem in Großbetrieben mit hoher gewerkschaftlicher Organisierung, ist er aber sehr weit von den Jugendlichen entfernt und oft keine Vertrauensperson. In vielen (meistens kleineren) Betrieben gibt es gar keine JVR – das führt dann oft zu schlechterer Ausbildung, Schikane, unbezahlten Überstunden und ausbildungsfremden Tätigkeiten.

Wenn die Regierung die arbeitende Jugend angrei-

fen will, muss sich diese wehren. Um den JVR zu verteidigen, braucht es mehr als nur die derzeitigen JVR selbst, die auf die Barrikaden gehen, sondern auch die zu vertretenden Lehrlinge. Viele Lehrlinge wissen gar nicht, was dieser Angriff bedeutet – ein Ergebnis der Stellvertretungs- und entpolitisierten Party-Politik von ÖGJ. Es braucht also eine breite und kämpferische Kampagne, die dazu führt, dass JVR und Gewerkschaftsjugend zu aktiven Körperschaften werden, die in engem Kontakt mit Lehrlingen stehen und diese aktiv einbinden. Eine solche Kampagne kann durch Aktionskomitees in Lehrwerkstätten, branchenübergreifende Treffen von Lehrlingen, gemeinsame Demonstrationen bis hin zu Lehrlingsstreiks so viel Kraft entwickeln, um die schwarzblauen Angriffe zu stoppen. Und gleichzeitig könnten dadurch offensive Forderungen nach höheren Lehrlingsentschädigungen, Arbeitszeitverkürzung, mehr Berufsschulzeit (für zB Sportunterricht), bessere Ausbildung, Übernahme-garantie, etc.. aufgestellt und erkämpft werden. Wenn die Regierung Lehrlingsrechte abschaffen will, dann müssen wir die Regierung abschaffen!

Stefan Gredler,
Lehrling



Kampf gegen Abschiebungen

AsylwerberInnen dürfen nicht arbeiten, was ihnen jegliche Grundlage zum Aufbau eines eigenständigen

Lebens und der Integration raubt. Ausnahme sind junge AsylwerberInnen, die eine Lehre, aber nur in „Mangelberufen“, machen dürfen.

Die Solidarität vieler steht der Grausamkeit und Absurdität der schwarz-blauen Regierung gegenüber.

In Oberösterreich sind ca. 300, österreichweit 727 Menschen, betroffen – schon über 50 erhielten einen negativen Asylbescheid. Nicht selten wer-

den die Betroffenen von der Polizei direkt vom Arbeitsplatz abgeführt und in eine ungewisse Zukunft abgeschoben. Vor allem KollegInnen aus Afghanistan, das seit einiger Zeit als „sicherer Drittstaat“ eingestuft wird sind betroffen. Unfassbar angesichts des Terrors und der Bedrohung durch u.a. die Taliban.

Doch es regt sich Widerstand. Eine Petition des

grünen Landesrates An-schober erreichte 36.647 Unterschriften. Sogar die Wirtschaftskammer Oberösterreich protestiert gegen den Raub künftiger Fachkräfte. Am wirkungsvollsten ist aber die Solidarität des Umfelds. Immer wieder stehen ganze Dörfer gegen die Abschiebung ihrer Mitmenschen auf, ob Pabneukirchen, Thalheim, Pfarrkirchen oder Walding. Auch Linzer SchülerInnen kämpfen gegen die drohende Abschiebung ihrer MitschülerInnen. Mit Solidaritätskundgebungen und Öffentlichkeit steigen solche Aktionen den Verantwortlichen auf die Füße, oft mit Erfolg.

Jan Millionig

Influencer: Werbung 2.0



Die neuen Socialmediastars sind jung, hübsch und posten auf ihren Youtube- und Instagram Kanälen für ihre Follower. Sie sind Influencer. Der Begriff ist auch Programm, denn es geht um Beeinflussung. Sie machen Werbung für Produkte, ohne dabei wie eine langweilige Werbeeinschaltung zu wirken. Influencer werden immer stärker in der Werbe- und Marketingbranche eingesetzt. In Wahrheit handelt es sich hierbei

um Schleichwerbung, geschickte Imagekampagnen für Konzerne, die oftmals nicht als solche gekennzeichnet sind. Vor allem Jugendliche werden durch diese versteckte Werbung in ihrem Konsumverhalten beeinflusst. 72% der 15-29-jährigen folgen den „Ratschlägen“ dieser Influencer. Das große Geld dabei machen die Firmen, die ihre Profite steigern und sich einen größeren Absatzmarkt sichern.

Martina Gergits

Kämpfer des Monats



Mohammed Satti, genannt „Hamudi“, ist CWI-Aktivist im Sudan, der für die Teilnahme an einer Demonstration gegen die Regierung verhaftet wurde. In Folge einer internationalen Solidaritätskampagne von CWI-Sektionen wurde er im Februar nach wochenlangender Haft entlassen – ein großer Erfolg der internationalen Solidarität!



Das Erdogan-Regime führt eine militärische Operation gegen die im Nordwesten Syriens gelegene Stadt Afrin durch. Unterstützt wird die Aktion von der „sozialdemokratischen“ Oppositionspartei CHP. Die Erfolge des Befreiungskampfes der zwischen der Türkei, Irak, Iran und Syrien aufgeteilten kurdischen Bevölkerung sind nun gefährdet.

nach mehr Selbstbestimmung und demokratischen Rechten in den anderen Ländern. Also unternehmen die jeweils anderen Regime alles, um diese Fortschritte zu beschränken – inklusive Krieg und blutiger Gewalt.

Die Propaganda der türkischen Medien schürt den Rassismus in den Köpfen der türki-

re in der Türkei befeuern und den Spielraum der Opposition mindern. Die CHP steht in einem Wettbewerb mit der regierenden AKP-MHP-Koalition darüber, wer am „patriotischsten“, also am nationalistischsten, ist.

Doch der wirkliche Feind sind nicht die Menschen in Afrin, sondern das Erdogan Regime. Durch

Wie alle anderen Völker sollten die KurdInnen das Recht auf die Bestimmung ihres eigenen Schicksals haben. Um dieses Ziel zu erreichen, ist es jedoch auch wichtig, türkischen ArbeiterInnen die Hand zu reichen. Mit Forderungen nach der Verteidigung demokratischer Rechte, für Jobs und Wohnraum und dem demokratischen Besitz und der Kontrolle der riesigen Reichtümer der Region im Interesse aller Menschen könnten Angst und Hass durchbrochen werden. Bei früheren Bewegungen um den Taksim-Platz oder beim Tekestreik konnten diese Gemeinsamkeiten nationalistische Spaltungen überwinden.

Weder die KurdInnen noch die Menschen in Syrien sind unsere Feinde. Die Reichen und die GroßgrundbesitzerInnen fürchten ein Zusammenkommen von kurdischen, irakischen, türkischen, syrischen und iranischen ArbeiterInnen. Eine solche Bewegung könnte lokale und imperialistische Regierungen wie Russland oder die USA sowie den Kapitalismus als solchen herausfordern.

Die AKP, CHP, MHP und IYI Parteien sind alle nationalistisch und chauvinistisch. Sie tun alle so, als ob ArbeiterInnen und

Bosse die selben Interessen hätten. Deshalb braucht es eine ArbeiterInnenpartei, in der wir uns gegen den Nationalismus der KapitalistInnen organisieren können. Nur die Einheit der ArbeiterInnenklasse kann Kriege, den Imperialismus und seine Kollaborateure stoppen. Daher rufen wir alle Organisationen der ArbeiterInnenklasse, besonders die Gewerkschaften, dazu auf, den Krieg des türkischen Staates sowie des US- und des russischen Imperialismus gegen die KurdInnen abzulehnen.

Wir fordern ein Ende des türkischen Einmarsches und fordern die ArbeiterInnen in der Türkei auf: „Sei kein Teil des Krieges, sag nein zu der Attacke auf Afrin!“. Der Streik der MetallarbeiterInnen muss mit dem Kampf gegen den Krieg verbunden werden, weil die Einheit der ArbeiterInnen das Werkzeug gegen Nationalismus ist und hilft, die sektiererische Spaltung der Gesellschaft zu überwinden. Nein zum Krieg, zu Ausbeutung, zu Unterdrückung und Armut – für eine freiwillige sozialistische Föderation des Nahen Ostens!

İsamail N. Okay

Sosyalist Alternatif

www.sosyalistalternatif.com

Erdogans neuerlicher Krieg gegen die KurdInnen dient auch der Ablenkung von Problemen in der Türkei.

Das Erdogan Regime hat ein Abkommen mit den USA und Russland getroffen. Dafür steht auch der Name der Militäroperation – „Olivenzweig“. Hier handelt es sich um einen Olivenzweig, der von einem Diktator dem anderen gereicht wird. Weder die verschiedenen Regime im Nahen Osten noch Russland oder die USA haben ein Interesse an der Umsetzung der Forderungen der KurdInnen.

Das Motiv für diesen Krieg gegen die KurdInnen ist einfach. Die kurdische Bevölkerung ist auf vier Länder aufgeteilt und wird in jedem davon unterdrückt. Errungenschaften in einem Land stärken die Forderungen

schon Massen, indem sie den Angriff auf die KurdInnen als „Krieg gegen Terror“ bezeichnet. Dabei hat das Erdogan Regime im Syrienkrieg dschihadistische Gruppen unterstützt und sogar offenen Dschihadisten von der Türkei nach Afrin mit Bussen transportiert. Am Verhandlungstisch mit Russland und Syrien vertritt die Türkei die Interessen dieser Gruppen.

Andererseits versucht Erdogan, alle kritischen Stimmen durch Staatsnotstand und Notverordnungen zu unterdrücken. Damit will das Regime seine Macht im Land stärken. Der Krieg soll und wird die nationalistische Atmosphäre

den Krieg gegen die KurdInnen soll dafür gesorgt werden, dass sich die Unzufriedenheit der türkischen ArbeiterInnenklasse nicht gegen das Regime richtet. Alle Proteste werden als „Terrorismus“ diffamiert. Wahrscheinlich wird es ein Streikverbot in der Metallindustrie geben. Nationalistische und rassistische Spaltung soll verstärkt werden.

Deshalb vermeiden die türkischen Medien den Begriff „kurdisch“ oder „sozialistisch“, wenn es um Rojava geht. Man redet nicht mehr von einem „kurdischen Korridor“ zum Mittelmeer, sondern von einem „Terrorkorridor“.

Neue Massenproteste in Tunesien

Sieben Jahre ist der Beginn des arabischen Frühlings her, in dem sich die Massen von Tunesien bis Syrien gegen ihre diktatorischen, korrupten Regierungen und gegen Arbeitslosigkeit und Armut erhoben. Die euphorische Stimmung dieser Zeit ist verfliegen. In Ägypten hat sich eine neue Militärdiktatur etabliert, in Syrien tobt ein endloser Bürgerkrieg. In Tunesien, wo die Proteste 2011 zum Sturz des Diktators Ben Ali führten, hat sich die neue Demokratie zwar halten können, aber zunehmend müssen ArbeiterInnen und Arme erkennen, dass mit der formellen, bürgerlichen Demokratie der soziale Inhalt der Politik kein grundlegend anderer geworden ist. Die Arbeitslosigkeit in Tunesien liegt heute bei über 15%, in einigen Regionen über 25%. Die hohe Inflation lässt die Kaufkraft der Lohnabhängigen zusammenschmelzen. Die Regierung reagiert auf die chronische Wirtschaftskrise, wie es bürgerliche Regierungen so tun: Mit einem Kürzungsprogramm, das die Armen trifft und die Reichen schont.

Im Jänner sorgte das neue Sparprogramm, in dem kräftige Mehrwertsteuererhöhungen vorgesehen sind, die alle Güter des täglichen Bedarfs

stark verteuern werden, für den Ausbruch ausgebreiteter neuer Proteste im ganzen Land. In verschiedenen Städten wurden Polizeiwachen niedergebrannt, knapp 1.000 DemonstrantInnen festgenommen, mindestens einer von der Polizei getötet. Das neue „demokratische“ Tunesien zeigt, dass es der Masse der ArbeiterInnen und Armen nicht weniger feindlich gegenübersteht als einst das Regime Ben Alis. Wohl wurden die politischen Formen ausgewechselt, aber nicht die herrschende Klasse, in deren Interesse auch die Regierung Präsident Essebsi ihre Politik gestaltet. Und angesichts der sich ständig verschärfenden Wirtschaftskrise (so ist nach der Revolution der Tourismus eingebrochen) ist kaum davon auszugehen, dass sie von der Sparpolitik freiwillig abrücken wird. SozialistInnen von Al-Badil al-Ishtiraki (CWI in Tunesien) treten für eine neue Stufe der Revolution ein, für die Vergesellschaftung der Banken, Konzerne und großen Landbesitze sowie eine Regierung aus demokratisch in Betrieben, Unis und Stadtteilen gewählten VertreterInnen von ArbeiterInnen, KleinbäuerInnen und Jugendlichen.

Fabian Lehr



Irland: Recht auf Abtreibung!

Die irische Rechtslage bezüglich Schwangerschaftsabbruch ist eine der restriktivsten in Europa: Abtreibung ist sogar bei Vergewaltigung oder Inzucht

ter des Referendums waren nicht die führenden PolitikerInnen, die, wie Ministerpräsident Leo Varadkar, selbiges nun „unterstützen“, sondern der große

spielten eine zentrale Rolle. Sie verteilten u.a. sichere, aber illegale Abtreibungsspillen und zeigten durch die Inkaufnahme des Risikos einer Gefängnisstrafe, dass es eine kämpferische, entschlossene Kampagne braucht. Die AktivistInnen von ROSA und der Socialist Party kämpfen aber für mehr als das Recht auf körperliche Selbstbestimmung. Sie setzen sich u.a. für die Gleichberechtigung aller Ehen und Lebensgemeinschaften und gegen die unsozialen Wassersteuern ein. Und sie stehen für einen internationalen, aktiven und organisierten Kampf für eine neue Gesellschaft ohne Sexismus und Unterdrückung. Wie hierzulande die Kampagne Nicht mit Mir!

Philipp Chmel

Schluss damit: Das irische Abtreibungsverbot hat Frauen entmündigt, diskriminiert und sogar getötet.

verboten, und selbst für „Beihilfe“ drohen bis zu 14 Jahre Gefängnis.

Ende Mai wird in einem Referendum endlich über die Abschaffung des 8. Verfassungszusatzes, durch den Abtreibungen außer bei Todesgefahr für die Schwangere verboten sind, entschieden. Wegberei-

ter Druck aus der Bevölkerung. Dieser zeigte sich wiederholt bei großen Massenprotesten, bei denen Zehntausende für das Recht auf Abtreibung demonstrierten; zuletzt im Herbst 2017.

Die feministische, sozialistische Gruppe ROSA und die Socialist Party (Schwesterpartei der SLP)

Nachrichten aus dem Komitee für eine ArbeiterInnenInternationale (CWI)

Russland: Freigelassen

Der Journalist Ali Feruz wurde am 15. Februar nach knapp einem Jahr aus russischer Haft freigelassen. Er war aus Usbekistan geflohen, nachdem er für seine oppositionelle Arbeit gefoltert worden war. Russland verweigerte ihm Asyl, weil er dem Regime nicht passte: er ist homosexuell und tritt für Gewerkschafts- und demokratische Rechte ein. Stattdessen wurde er eingesperrt, ein Gericht in

Moskau hatte im August 2017 seine Abschiebung beschlossen, obwohl ihm in Usbekistan neuerlich Gefängnis drohte. Nun ist er wieder frei. Grund sind die Mobilisierungen aus der LGBTIQ-, Gewerkschafts- und Menschenrechtsbewegung, bei denen die russische Sektion des CWI, Sozialistische Alternative (CA), eine Schlüsselrolle gespielt hat und zahlreiche Aktionen organisierte.

www.socialist.news

China: Gegen Repression

Wer in Opposition zum immer autoritäreren Regime in China rückt, wird als „anti-chinesische Kräfte“ verfolgt. Das Regime Xi Jinpings mag zwar manchmal Mao als Referenz nehmen, doch gleichzeitig werden junge MaoistInnen verfolgt. Linke KritikerInnen fürchtet das Regime besonders. So geschah es einigen jungen MaoistInnen, die in einem Lesekreis unter anderem über das Massaker von

Tian'anmen und die heutige Zensur geredet haben. Sie wurden eingesperrt. Die große öffentliche Aufmerksamkeit sowie die Proteste, zu denen auch China Worker (CWI für China) aufgerufen hatte, haben das Regime schließlich dazu gezwungen, die Gefangenen freizulassen. Sie werden aber noch von der Polizei überwacht, die weiter, auch gegen andere, repressiv vorgeht.

www.chinaworker.info

Finnland: Streik

Gegen eine „Reform“ des Arbeitslosengeldes, mit dem Arbeitslose in prekäre Beschäftigungsverhältnisse getrieben werden sollen, gingen ca. 10 % der finnischen Beschäftigten Anfang Februar auf die Straße und in Streik. Sozialistinnen Vaihtohto („Sozialistische Alternative“ – CWI in Finnland) betont, dass der Protest ausgeweitet werden muss, um alle Angriffe zurückzuschlagen.

www.sosialistit.fi



Beim Thema Kopftuch und dessen Verbot gibt es manchmal eine sonderbare Parallele zwischen Rechten und Feministinnen. Wenn FPÖ und andere Rechte Kopftuchverbote mit „Freiheit“ verbinden, ist das der Gipfel der Scheinheiligkeit. Ihnen geht es um Rassismus und Kultur-

dafür, Opfer einer patriarchalen Gesellschaft zu sein.

Wobei die oft in der Debatte vorgenommene Gleichsetzung von Kopftuch, Burka, Nihab etc. problematisch ist. Auch werden hier religiöse und kulturelle Wurzeln von Bekleidungen vermischt. Gerade vor dem Hinter-

schlimmsten Fall überhaupt keine Möglichkeit mehr, auf die Straße zu gehen.

Die Unterdrückung wird nur verschärft, indem Frauen, auf welche Art auch immer, vorgeschrieben wird, was sie zu tun oder zu lassen haben. Wenn Frauen ein Kleidungsstück ver-

aktuell gegen Kopftuchzwang kämpfen. Religiöse Bevormundung gibt es auch in Österreich, aber die lässt sich nicht durch Beschneidung der Religionsfreiheit verhindern. Unterdrückung jeder Form kann nur beseitigt werden, wenn die Unterdrückten mehr Freiheit bekommen. Religionsfreiheit ist deshalb auch von denen zu verteidigen, die gegen religiöse Unterdrückung kämpfen. Das ist kein Widerspruch. Ein Widerspruch ist es, Unterdrückte befreien zu wollen, indem man deren Rechte beschneidet. Die Regierung behauptete, mit dem Anti-Gesichtsverhüllungsgesetz „Integration“ erreichen zu wollen. Integration scheitert an sozialen Missständen, niedrigen Löhnen, Arbeitslosigkeit, Rassismus, Hetze, miesen Bildungsmöglichkeiten, miserablen Wohnverhältnissen, 2-Klassen-Medizin und nicht an Kleidungsstücken. SozialistInnen kämpfen gegen die ökonomisch bedingten Klassenverhältnisse und stehen deshalb an der Seite derer unten im Kampf gegen die oben. Deshalb unterstützen wir alle Frauen dabei, sich aus religiösen Zwängen zu befreien genauso, wie wir rassistische Repression und Angriffe auf die Religionsfreiheit bekämpfen. Es

geht um oben und unten. Deshalb ist Dreh- und Angelpunkt des Kampfes gegen Frauenunterdrückung die soziale Frage. Befreiung aus religiöser Bevormundung und Unterdrückung ist nur mit gemeinsamem Kampf für gleiche soziale und demokratische Rechte, das heißt höhere Löhne, leistbare Wohnungen, Selbstbestimmung und politische Rechte für alle, erreichbar. Dazu gehört das Recht aller Menschen, ihre Religion auszuüben, ohne Diskriminierung – inkl. des Rechts, das Kopftuch zu tragen.

Wir stehen für eine wirkliche und völlige Trennung von Religion (egal welcher) und Staat – also keine finanzielle Unterstützung, kein Religionsunterricht, keine religiösen Symbole in öffentlichen Gebäuden. Eine gemeinsame Schule aller 6-19-jährigen inklusive Berufsausbildung ist die beste Integration und die beste Grundlage gegen religiösen Fundamentalismus. Die rechtliche Gleichstellung aller in Österreich lebenden Menschen inklusive der Möglichkeit für Doppelstaatsbürgerschaft, kostenlose Kinderbetreuung und freier Zugang zum Arbeitsmarkt – das sind die besten Mittel, um Frauen bei Schritten in Richtung Unabhängigkeit zu unterstützen.

Helga Schröder

Die Kopftuch,,debatte“ wird von der Regierung als rassistisch aufgeladenes Ablenkungsmanöver verwendet.

kampf. Eine völlig entgegengesetzte, zu begrüßende Motivation haben jene, die aus feministischen Gründen ein Kopftuchverbot befürworten, weil sie darin einen Schritt zur Befreiung religiös bevormundeter oder unterdrückter Frauen erhoffen.

Doch beim seit Oktober 2017 geltenden „Burka-Verbot“ wie beim angeordneten „Kopftuch-Verbot“ geht es keineswegs um irgendeine „Befreiung“ von Frauen, sondern um das Gegenteil. Es geht um Bevormundung und Repression gegen eine bereits benachteiligte Gruppe, in diesem Fall muslimische Frauen. Ein Verbot gibt Frauen nicht mehr Rechte, sondern bestraft sie

grund einer rassistischen Regierung, die MigrantInnen ihre kulturellen Wurzeln verbieten will, wird für viele migrantische Frauen das Kopftuch mehr zu einem kulturellen, teilweise sogar widerständischen, als zu einem religiösen Symbol.

Bekleidungsvorschriften, wie sie ein Kopftuchverbot darstellen, können kein echter Befreiungsschritt sein. Befreiung erfolgt durch die Stärkung eines Menschen und seiner Rechte und nicht durch Bestrafung und Bevormundung. Tatsächlich wird durch ein Verbot die Situation von Frauen verschlimmert. Es hilft keiner Frau aus religiöser Unterdrückung, sondern verschärft die Situation der Frauen. Sie haben im

boten wird, ist das kein Schritt zur Befreiung aus dem Zwang, ein solches zu tragen. Wer wirklich Frauenbefreiung will, muss gegen beides auftreten: Gegen Zwang zur Kopfbedeckung in Solidarität mit den Frauen, die demonstrativ das Kopftuch ablegen und auf Stöcken vor sich hertragen wie im Iran ebenso wie gegen rassistisch motivierte Repression in Österreich. Gegen ein islamistisches Regime ebenso wie gegen eine scheinheilige rechte Regierung, die ihrem (stark antimuslimisch geprägten) Rassismus ein „Befreiungs“-mäntelchen umhängt. Frauen in Österreich, die ein Kopftuch tragen wollen, sind deshalb auch solidarisch mit Frauen im Iran, die

Der aktuelle SLP-Lesetipp

Seit ihrem Bestehen produziert die ArbeiterInnenbewegung ein beeindruckendes Spektrum an Biographien. Die meisten der Abermillionen AktivistInnen erhalten nicht die Chance, ihr Leben niederzuschreiben – das

kel des Autors wieder. Das Buch bietet die Möglichkeit, Trotzki's Lebensweg zu verfolgen, weltgeschichtliche Ereignisse aus der Perspektive eines Teilnehmers zu erleben und Eindrücke von anderen – vielleicht den Lese-

der wirklichen Vorgänge zur Zeit der Stalinisierung, deren Ablauf die offizielle Parteipresse den Massen vorenthielt oder verfälschte. Der Stalinismus konnte Trotzki nicht am Leben lassen. Seine Ideen wurden jedoch nicht begraben.

Zum ersten Mal seit mehr als 25 Jahren wird dieses umfassende politische und geschichtliche Werk, das auch viele theoretische Fragen umreißt, wieder in deutscher Sprache aufgelegt. Damit bietet es einer neuen Generation von LeserInnen einen literarisch ansprechend aufgearbeiteten Zugang zu den entscheidenden Ereignissen und revolutionären Ideen zu Beginn des letzten Jahrhunderts.

ISBN 978-3-96156-037-0
458 Seiten, 16,90 Euro

Neuaufgabe beim Manifest-Verlag:

Leo Trotzki: Mein Leben.

Versuch einer Autobiographie.

ist eher das Privileg von führenden Persönlichkeiten. Leo Trotzki gehört zu letzteren. Sein ganzes Leben hat Trotzki in den Dienst der sozialistischen ArbeiterInnenbewegung gestellt. „Mein Leben“ gibt die zahlreichen durchlebten Ereignisse aus dem Blickwin-

Innen bisher unbekannten – Persönlichkeiten zu erlangen. Dieses Werk ist weder das Ende, noch steht es außerhalb der politischen Tätigkeit Trotzki's. Stattdessen reiht es sich in den Kampf für seine revolutionären Überzeugungen ein. Nicht zuletzt ist das Buch Zeugnis

Weil ein gutes Leben möglich ist...

Die Menschheit besitzt heute mehr Wissen, Technologie und Wohlstand in allen denkbaren Bereichen als jemals zuvor. Wir könnten allen Menschen ein gutes Leben ermöglichen. Gleichzeitig haben die meisten Menschen nahezu nichts. Technologie wird nicht verwendet um ein besseres Leben für alle zu ermöglichen, sondern der Kapitalismus führt weltweit zu Ungleichheit, Krieg und Ausbeutung.

Das will ich nicht akzeptieren, sondern etwas dagegen tun. Wer will schon ein Leben aus Krieg, Leid und Umweltzerstörung? Etwas an dieser Situation ändern können wir nur, indem wir uns zusammen tun und gemeinsam organisieren. Wir dürfen uns nicht länger auseinanderdividieren lassen von jenen Menschen, die vom jetzigen System und dieser Spaltung profitieren. Sondern wir müssen gemein-

sam für eine klassenlose Gesellschaft kämpfen in der Jahrhunderte von Abgrenzung und Spaltung endlich überwunden werden können. Wir haben alle nötigen technologischen und sonstigen Mittel um das möglich zu machen, lasst uns dieses System endgültig begraben! Dafür steht die SLP und dafür stehe auch ich!

Georg,
38 Jahre,
IT-Beschäftigter

Nicht mit Mir – Ankunft im Real Life

Nicht mit mir, die sozialistisch-feministische Kampagne der SLP hat in der Vergangenheit bereits eine Reihe von Aktionen organisiert. Solidaritätsaktionen mit dem Kampf um Frauenrechte in Irland und Polen und die #metoo-Demonstration in Wien. Als nächster Schritt ist eine eigene Zeitung von Nicht mit mir geplant. Der Schwerpunkt „Das Recht auf Schwangerschaftsabbruch“ wird aus unterschiedlicher Richtung

behandelt – denn im Regierungsübereinkommen sind hier Angriffe geplant. Hilf der ersten Ausgabe auch finanziell auf die Sprünge: ein Auflage von 200 Stück kosten 50.-

Gerne schicken wir dir ab einer Spende von 5.- die neue Zeitung sowie ein Vorwärts per Post zu.

Spenden mit dem Hinweis „NMM“ an:

IBAN:
AT256000000000 8812733
BIC: OPSKATWW



Die SLP-Treffpunkte

GMUNDEN

SLP-Ortsgruppe
jeden 2. Donnerstag, 18⁰⁰ Uhr
im 'Habert Café'
Salzkammergut Einkaufspark

GRAZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Montag, 19⁰⁰ Uhr
im 'Cuntra la Cultra'
Grieplatz 5

LINZ

SLP-Ortsgruppe
jeweils Dienstag, 18⁰⁰ Uhr
im 'Alte Welt', Hauptplatz 4

SALZBURG-STADT

SLP-Ortsgruppe
jeweils Montag, 19⁰⁰ Uhr
im 'Shakespeare'
Hubert-Sattler-Gasse 3
(Nähe Mirabellplatz)

Kein SLP-Treffen in der Nähe?
Wir helfen Dir beim Aufbau!

VÖCKLABRUCK

SLP-Ortsgruppe
jeden 2. Donnerstag, 18⁰⁰ Uhr
im 'Café zur Brücke'
Vorstadt 18

WIEN

SLP Wien-West
jeweils Montag, 18⁰⁰ Uhr
Buchhandlung 'Libreria Utopia'
15; Preysinggasse 26 – 28
(Nähe U3 Schweglerstraße)

SLP Brigittenau-Ost
jeweils Dienstag, 18³⁰ Uhr
im SLP-Büro
20; Pappenheimgasse 2/1
(Bei "Büro" läuten)

SLP Brigittenau-West
jeweils Donnerstag, 19⁰⁰ Uhr
im SLP-Büro
20; Pappenheim-
gasse 2/1
(Bei "Büro" läuten)



Termine und Veranstaltungen:
www.slp.at

Andere über uns



SLP-Aktivistin Sonja Grusch trat in einer Live-Debatte auf OE24 gegen das Gruselduo Ewald Stadler (Ex-FPÖ, Ex-BZÖ) und Emanuel Nagl (Pegida) auf. Die Rechtsextremen versuchten, die Burschenschaften und ihre Geschichte zu verharmlosen. Dagegen stellte Sonja klar: Burschenschaften waren und sind elitäre, rassistische Männerbünde für Reiche. Wir werden sie weiter am Bildschirm und auf der Straße konfrontieren.

Gibt es nicht
aus Profitstreben;
gibt es aus Überzeugung.



> Berichte
> Analysen
> Hintergründe
aus sozialistischer Sicht.

VORWÄRTS jetzt abonnieren!



Normal-Abo: € 24.-
Sozial-Abo: € 14.-
(für Menschen ohne eigenes Einkommen)
All-inclusive-Abo: ab € 7.-/Monat
Zeitung und alle anderen Publikationen der SLP

Abo-Zahlungen & Spenden:
IBAN: AT 256000000000 8812733
BIC: OPSKATWW

www.slp.at | slp@slp.at | [f /slp.cwi](https://www.facebook.com/slp.cwi)



Vernetzungskonferenz Bildung: Erste Ergebnisse

Mehr auf Seite 5

Big Brother Kickl

Die Regierung kombiniert die Einschränkungen von Grundrechten mit brutaler Sparpolitik.

Er würde wohl gerne vom hohen Ross linken DemonstrantInnen, GewerkschafterInnen, MigrantInnen und protestierenden Frauen mit dem Knüppel eine drauf geben (lassen). Deshalb hat FPÖ-Innenminister Kickl schon die Pferde für die berittene Polizei bestellt. Das ist längst nicht die einzige geplante Maßnahme. Schwarz-blau: Das bedeutet mehr Überwachung, mehr Polizei und mehr staatliche Brutalität. So wetterte Kickl noch im Juli 2017 gegen Schnüf-

felprogramme mit denen der Staat in die Handys und Computer der Menschen eindringen möchte. Entsprechende Pläne der ÖVP nannte er damals eine „Phantasie“, die an die Machenschaften „der Stasi in der DDR“ erinnere.

Jetzt fixiert die Regierung mit Innenminister Kickl die Einführung genau eines solchen Bespitzelungsprogrammes. Dieses soll sich auf Computern und Handys einnisten und diese dauerhaft überwachen. Das findet Kickl sicher enorm

praktisch, schließlich hat die FPÖ in der derzeitigen Regierung doch die Kontrolle über alle drei österreichischen Geheimdienste.

Gleichzeitig werden Gesetze gegen Lohndumping aufgeweicht. Kontrollorgane die illegale Praktiken von Unternehmen aufdecken leiden unter geplanten Einsparungen. So sorgt die Regierung für unsichere Arbeitsbedingungen. Aber Hauptsache wir kriegen mehr Polizei, die Proteste dann niederschlägt...

Christian Bunke



Die Sozialistische Linkspartei Wofür wir stehen!

- Schluss mit Arbeitslosigkeit, Lohnkürzung & Schikanen gegen Arbeitslose. Mindestlohn & Mindestpension von 1.700 € Brutto & Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche – d.h. Verteilung der vorhandenen Arbeit auf Alle bei vollem Lohn. Unbefristetes Arbeitslosengeld und Pension dürfen nicht unter dem Mindestlohn liegen.
- Kapitalismus bringt immer wieder Krisen! Statt Subventionen und Rettungen aus unseren Steuern für Banken & Konzerne wollen wir ein öffentliches Investitionsprogramm bei Gesundheit, Bildung, Wohnen, Umwelt & Verkehr.
- Der Kampf für Frauenrechte ist für uns Teil des Kampfes für eine sozialistische Gesellschaft! Für eine gerechte Entlohnung und Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit! Flächendeckende kostenlose Betreuung von Kindern und Pflegebedürftigen durch bezahlte Fachkräfte. Schluss mit Sexismus und Gewalt gegen Frauen!
- Wir mobilisieren gegen die Angriffe der radikalen Abtreibungsgegner auf das Selbstbestimmungsrecht von Frauen! Möglichkeit auf kostenlosen Schwangerschaftsabbruch in öffentlichen Spitälern in allen Bundesländern.
- Schluss mit rassistischen Gesetzen und Abschiebungen! MigrantInnen sind nicht die Ursache für soziale Probleme. Gemeinsamer Kampf von ÖsterreicherInnen und MigrantInnen für die volle rechtliche, politische und soziale Gleichstellung aller hier lebenden Menschen.

- Die Jugend braucht eine Zukunft. Statt Kürzungen und Privatisierung mehr Geld für Bildung, die sich nicht an den Interessen der Wirtschaft orientiert, sondern kritische und selbständige Menschen zum Ziel hat. Garantierte Lehrstellen & Jobs, von denen man leben kann, leistbare Wohnungen und Freizeiteinrichtungen ohne Konsumzwang.
- Schluss mit der Diskriminierung, Stigmatisierung und Behinderung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen. Für das Recht auf Selbstorganisation und Selbstbestimmung.
- Volle Gleichberechtigung für Schwule, Lesben, Transgenderpersonen & Bisexuelle
- Nein zu polizeistaatlichen Methoden und privaten Sicherheitsdiensten, die nur die Interessen des Kapitals schützen. Statt auf Überwachungsstaat und Aufrüstung setzen wir auf soziale Sicherheit.
- Sozialpartnerschaft bedeutet besonders heute Verschlechterungen. Statt Privilegien und Bürokratie im ÖGB für kämpferische und demokratische Gewerkschaften.
- Faschistische und rechtsextreme Organisation wie Burschenschaften & auch die FPÖ sind eine reale Bedrohung für MigrantInnen, GewerkschafterInnen & Linke. Dagegen braucht es entschlossenen Widerstand und den Aufbau einer politischen Alternative!
- SPÖ und Grüne sind diese Alternative nicht. Sie können die rechte Gefahr nicht stoppen. Wir wollen keine StellvertreterInnenpolitik, sondern wir brauchen eine neue starke,

kämpferische sozialistische Partei für ArbeiterInnen, Arbeitslose & Jugendliche, deren VertreterInnen keine Privilegien haben.

- Hunger, Krieg, Umweltzerstörung, Armut & Verschuldung sind die Folge neokolonialer Politik im Interesse von Konzernen. Keine Zusammenarbeit oder Mitgliedschaft in imperialistischen Militärbündnissen. Nur internationale Solidarität & Zusammenarbeit der ArbeiterInnenbewegung kann Frieden und ein menschenwürdiges Leben für Alle schaffen.
- Keine Privatisierung der Gewinne und Verstaatlichung der Verluste. Es reicht nicht, die Finanzmärkte zu regulieren und internationale Institutionen wie EU, IWF & Weltbank zu reformieren. Wir brauchen eine echte Alternative zum Kapitalismus. Darum sind wir für die Überführung der Banken & Konzerne in öffentliches Eigentum unter demokratischer Kontrolle & Verwaltung der Beschäftigten & der Gesellschaft.
- Kapitalismus bedeutet Umweltzerstörung und Chaos. Nachhaltigkeit und Wohlstand durch eine demokratisch geplante Wirtschaft, die von gesellschaftlichen Bedürfnissen und nicht von Aktienkursen & Profiten bestimmt wird.
- Eine revolutionäre Veränderung ist notwendig. Lediglich Reformen führen zu keinen grundlegenden Verbesserungen. Die ArbeiterInnenbewegung & die Jugend sind Kräfte, die den Bruch mit dem Kapitalismus & eine demokratische, sozialistische Gesellschaft erkämpfen können.